

Stand: 26.12.2025 09:33:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/791

"Stärkung der Informationsrechte der Gemeinderatsmitglieder, Kreisräte und Bezirksräte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/791 vom 20.02.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/1050 des KI vom 19.03.2014
3. Beschluss des Plenums 17/1573 vom 08.04.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 08.04.2014



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Stärkung der Informationsrechte der Gemeinderatsmitglieder, Kreisräte und Bezirksräte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der in der 17. Legislaturperiode wieder anstehenden Überarbeitung kommunalrechtlicher Vorschriften auch eine Änderung der Gemeindeordnung und der Bezirksordnung vorzulegen.

Inhalt soll die Beseitigung der bestehenden unterschiedlichen Stellung des einzelnen Gemeinderatsmitglieds und des einzelnen Bezirksrats in ihrem Auskunftsrecht gegenüber der Gemeindeverwaltung und der Bezirksverwaltung im Gegensatz zum Auskunftsrecht des einzelnen Kreisrats gegenüber dem Landratsamt sein. Ziel ist es, dem einzelnen Gemeinderatsmitglied und dem einzelnen Bezirksrat das gleiche Auskunftsrecht wie dem Kreisrat gegenüber dem Landratsamt nach Art. 23 Abs. 2 Satz 2 der Landkreisordnung einzuräumen.

Darüber hinaus sollen die Informationsrechte des einzelnen Gemeinderatsmitglieds, des einzelnen Kreistagsmitglieds und des einzelnen Bezirkstagsmitglieds gegenüber der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksverwaltung insgesamt gestärkt werden.

Begründung:

Während dem Gemeinderat als Kollegialorgan ein umfassendes Überwachungsrecht über die Gemeindeverwaltung zusteht (vgl. Art. 3 Abs. 3 Gemeindeordnung – GO) und damit das Recht, Auskunft zu erhalten, haben einzelne Gemeinderatsmitglieder nur dann, wenn sie durch Gemeinderatsbeschluss mit Überwachungsaufgaben betraut sind, gegenüber dem ersten Bürgermeister (nicht aber gegenüber einzelnen Gemeindebediensteten, soweit dies nicht vom ersten Bürgermeister als ihrem Dienstvorgesetzten allgemein oder im Einzelfall mit der Erteilung einer Information betraut sind) ein Recht auf Auskunft und ein Recht auf Akteneinsicht.

Ein allgemeines, d.h. nicht von einem Gemeinderatsbeschluss abgeleitetes Informationsrecht eines einzelnen Gemeinderatsmitglieds über bestimmte Vorgänge in der Gemeindeverwaltung gibt es nicht. Ein weitergehendes Akteneinsichtsrecht haben die einzelnen Gemeinderatsmitglieder nur hinsichtlich der Niederschriften öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse (vgl. Art. 54 Abs. 3 GO) und nach Art. 102 Abs. 4 GO (Einsichts- und Auskunftsrechte in die Prüfungsberichte). Soweit ein einzelnes Gemeinderatsmitglied nicht mit der Erledigung einer Gemeinderatsaufgabe betraut ist, steht ihm kein Recht auf Information und Akteneinsicht zu, der erste Bürgermeister kann aber nach pflichtmäßigem Ermessen Informationen erteilen und Akteneinsicht gestatten, wenn ein berechtigtes Interesse vorliegt und keine gesetzlichen Hinderungsgründe (Steuergeheimnis, Ermittlungen wegen strafbarer Handlungen) entgegenstehen. Auch aus der Notwendigkeit einer sorgfältigen Sitzungsvorbereitung ergibt sich nicht das Recht und die Pflicht der Gemeinderatsmitglieder, vor der Gemeinderatssitzung Einsicht in die entsprechenden Akten zu nehmen.

Auch nach der Rechtsprechung hat das einzelne Gemeinderatsmitglied keinen gerichtlich einklagbaren Anspruch, von der Gemeindeverwaltung bestimmte Informationen zu erhalten. Insbesondere kann das einzelne Gemeinderatsmitglied ein Recht auf Informationen gegenüber der Gemeinde nicht daraus ableiten, dass für die Sitzung eine Teilnahmepflicht besteht und es sich nicht der Stimme enthalten darf (vgl. Art. 48 Abs. 1 Satz 1 GO), wonach dem einzelnen Gemeinderatsmitglied auch kein verfassungsrechtlicher Anspruch auf Bundesrecht auf Information über verwaltungsinterne Vorgänge der Gemeinde zusteht.

Nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (BayVGh) ist durch die gesetzlichen Regelungen der Gemeindeordnung und durch die Bestimmungen in der Geschäftsordnung ausreichend Vorsorge dafür getroffen, dass sich die Gemeinderatsmitglieder für eine Entscheidung über die einzelnen Beratungsgegenstände hinreichend kundig machen können. Die Notwendigkeit einer sorgfältigen Sitzungsvorbereitung erfordert nicht, dass die Gemeindeverwaltung jedem einzelnen Gemeinderatsmitglied Akteneinsicht zu gewähren habe. Es sei Sache des Bürgermeisters, gemäß Art. 46 Abs. 2 Satz 1 GO für eine ausreichende Sitzungsvorbereitung zu sorgen. Diese beinhalte, dass den Gemeinderatsmitgliedern so viele Informationen gegeben werden, dass sie über den Tagesordnungspunkt gemäß ihrer Verantwortung abstimmen können.

Nach BayVGH vom 15. Dezember 2000 (BayVbl. 2001, S. 666) steht dem einzelnen Gemeinderatsmitglied zum Zwecke der Information zwar ein mündliches Frage- und Antragsrecht zu, das den ersten Bürgermeister verpflichtet, während der Beratung im Gemeinderat Auskunft über den Beratungsgegenstand zu geben, grundsätzlich kann aber nur der Gemeinderat als Ganzes die Einholung bestimmter Informationen oder die Art und Weise der Beratung in der Gemeinderatssitzung, z.B. durch die Hinzuziehung bestimmter Fachleute, gegenüber der Gemeinde erzwingen. Inwieweit zur Vorbereitung eines Beratungsgegenstands schriftliche Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müssen, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. Ein weitergehendes (subjektiv-öffentliches) Informationsrecht für die einzelnen Gemeinderatsmitglieder zur sachgerechten Ausübung des Stimmrechts bestehe daher nicht. Dem einzelnen Gemeinderatsmitglied steht nach der Rechtsprechung auch kein Informationsrecht zur sachgerechten Ausübung des ihm zustehenden Antragsrechts zu.

In der Bezirksordnung (BezO) findet sich eine mit dem Art. 30 Abs. 3 GO korrespondierende Bestimmung. Nach Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BezO überwacht der Bezirkstag die gesamte Bezirksverwaltung. Damit ist wiederum das Kollegialorgan gemeint und das aus der Überwachungsaufgabe abgeleitete Recht des Gremiums als Ganzes, Auskunft zu erhalten.

Dagegen ist die Stellung des einzelnen Kreisrats im Verhältnis zum einzelnen Gemeinderatsmitglied oder Bezirksrat gestärkt. Die Kommunalgesetze regeln zwar die Überwachungsrechte der kommunalen Gremien grundsätzlich in gleicher Weise – der Gemeinderat, der Kreistag und der Bezirkstag überwacht die jeweilige Verwaltung, insbesondere die Ausführung seiner Beschlüsse (vgl. Art. 30 Abs. 2 GO, Art. 23 Abs. 2 Landkreisordnung – LKrO und Art. 22 Abs. 2 BezO) – ein Auskunftsrecht für Mitglieder des Gremiums ist aber nur für die Kreisebene vorgesehen. Art. 23 Abs. 2 Satz 2 LKrO normiert, dass jedem Kreisrat durch das Landratsamt Auskunft erteilt werden muss. Die Übertragung besonderer Überwachungsbefugnisse im Rahmen des Art. 23 Abs. 2 Satz 1 LKrO, die (sonstige) Beauftragung durch den Kreistag oder einen Ausschuss oder die Zuteilung bestimmter Geschäfte nach Art. 40 Abs. 3 LKrO ist dafür nicht Voraussetzung.

In den Regierungsentwürfen der Jahre 1951/1952 für die Kommunalgesetze war nur ein Überwachungsrecht des Gemeinderats, des Kreistags und des Bezirkstags als Gremium, nicht aber deren einzelner Mit-

glieder vorgesehen. In die Landkreisordnung fügte der Landtag ein Auskunftsrecht der Mitglieder des Kreistags ein. Besondere Gründe für ein Auskunftsrecht der einzelnen Kreistagsmitglieder sind – auch unter Berücksichtigung der Gesetzesmaterialien – nicht erkennbar (vgl. Antwort der Staatsregierung vom 20. Juli 1995/25. Juli 1995 auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Loew vom 6. Juni 1995 (Drs. 13/2509)). Der Gesetzgeber hat bislang keinen Grund gesehen, das Auskunftsrecht auf die anderen kommunalen Ebenen auszudehnen.

Die unterschiedliche Stellung der Gemeinderatsmitglieder, der Kreistagsmitglieder und der Bezirkstagsmitglieder im Auskunftsrecht gegenüber der Gemeindeverwaltung, dem Landratsamt als Kreisbehörde (das Auskunftsrecht bezieht sich nicht auf das Landratsamt als Staatsbehörde gemäß Art. 37 Abs. 1 Satz 2 LKrO) und der Bezirksverwaltung sollte korrigiert und den Gemeinderatsmitgliedern und Bezirkstagsmitgliedern das gleiche Auskunftsrecht wie den Kreistagsmitgliedern nach Art. 23 Abs. 2 Satz 2 LKrO eingeräumt werden (Harmonisierung des Art. 30 Abs. 3 GO und des Art. 22 Abs. 3 BezO mit Art. 23 Abs. 2 LKrO).

Darüber hinaus müssen zur Verbesserung der Mandatsausübung der einzelnen Gemeinderäte, Kreisräte und Bezirksräte die Informationsrechte insgesamt gestärkt und effektiver gestaltet sowie Entwicklungen berücksichtigt werden. Die Öffnung von Staat und Verwaltung und damit verbunden der Zugang zu Informationen, die Teilnahme und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen von Politik und Verwaltung, ist eine wichtige Entwicklung unserer Zeit. Damit verbunden ist die Forderung nach transparenter Verwaltung und sachgerechten und qualifizierten Informationen als Grundlage von Beteiligung. Hinzu treten die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnik. Die Bürgerinnen und Bürger wollen offene Information, Transparenz und Partizipation, sie wollen mitreden, mitmachen und mitentscheiden, wollen Open-Government- bzw. Open Data-Konzepte und Strategien. Nur qualifiziert informierte Bürgerinnen und Bürger und deren Wissen optimieren Entscheidungen und stärken die direkte Demokratie. Dies muss noch mehr und verstärkt für die einzelnen Gemeinderats-, Kreistags- und Bezirkstagsmitglieder gelten, weswegen ihre individuellen Informationsrechte (Auskunfts-, Akteneinsichtsrecht und dergleichen) gegenüber der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksverwaltung zu stärken sind.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt u.a. SPD**
Drs. 17/791

**Stärkung der Informationsrechte der Gemeinderatsmitglieder,
Kreisräte und Bezirksräte**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 19. März 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: 8 Ablehnung, 1 Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: 1 Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Helga Schmitt-Bussinger SPD**

Drs. 17/791, 17/1050

Stärkung der Informationsrechte der Gemeinderatsmitglieder, Kreisräte und Bezirksräte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 4)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 13, die einzeln beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich gebe die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen über die Tagesordnungspunkte 4 und 5 bekannt. Zuerst gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Inge Aures und anderer und Fraktion zur "Verbesserung des Mitspracherechts von Nicht-Unionsbürgerinnen und Nicht-Unionsbürgern auf Bürgerversammlungen und zur Beseitigung des Ausschlusses der Wählbarkeit von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern zur ersten Bürgermeisterin oder zum ersten Bürgermeister und zur Landrätin oder zum Landrat (Änderung Art. 18 Gemeindeordnung und Art. 39 Abs. 1 Nr. 1 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz)" auf der Drucksache 17/107 bekannt. Mit Ja haben 49 gestimmt. Mit Nein haben 90 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol und anderer und Fraktion

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur "Stärkung der Mitwirkungsrechte der Einwohnerinnen und Einwohner und der Demokratie in den Kommunen" auf Drucksache 17/138 bekannt. Mit Ja haben 16 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab 34 Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Befreiung der Ilztalbahn GmbH (ITB) von der Bürgschaft zur Absicherung etwaiger Rückzahlungsansprüche
 Drs. 17/250, 17/1083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
 Die bayerische Landwirtschaft vor außerlandwirtschaftlichen Kapitalanlegern schützen – Grundstücksverkehrsgesetz endlich überarbeiten!
 Drs. 17/270, 17/1032 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Ausführungsverordnung zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz dem Landtag präsentieren
Drs. 17/273, 17/1218 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel in bayerischen Kindertagesstätten –
Einführung eines Monitorings Frühkindliche Bildung
Drs. 17/274, 17/1219 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. und Fraktion (CSU)
Absenkung der Freigrenze für die Genehmigung der Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
Drs. 17/280, 17/1033 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt in der Schule gefordert
Drs. 17/376, 17/1070 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulen mit NS-belasteten Namensgebern unverzüglich umbenennen
Drs. 17/453, 17/1072 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Internationalisierung der Lehrerbildung
Drs. 17/467, 17/1222 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Erweiterung der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München
Drs. 17/483, 17/1195 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flächendeckende Einführung der Biotonne
Drs. 17/508, 17/1445 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koalitionsvertrag umsetzen – Arbeitserlaubnis für Asylbewerber einfacher ermöglichen
Drs. 17/510, 17/1269 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bleiberecht für lange hier lebende Migrantinnen und Migranten
Drs. 17/512, 17/1270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbot von Bisphenol A in Kinderspielzeug
Drs. 17/522, 17/1446 (A)

der Antrag wird einzeln beraten

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Fixierungspraxis in der Forensik Taufkirchen
Drs. 17/523, 17/1068 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



15. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbauen
Ausbau des Tenure Tracks
Drs. 17/524, 17/1223 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbauen
Unbefristete Position für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Drs. 17/525, 17/1224 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbauen
Vereinbarkeit von Beruf und Familie für den wissenschaftlichen Nachwuchs
Drs. 17/527, 17/1225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,
Georg Rosenthal u.a. SPD
Sachstand Schwabinger Kunstfund
Drs. 17/540, 17/1226 [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

19. Antrag des Abgeordneten Josef Zellmeier CSU
Herausnahme des Reisegewerbes aus der Gestattungspflicht beim
Gaststättenrecht
Drs. 17/549, 17/1196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen III
Investitionskostenzuschüsse für den Erhalt und Neubau von Pflegeeinrichtungen
wieder einführen
Drs. 17/553, 17/1093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Qualität im Bahn-Regionalverkehr
Drs. 17/558, 17/1198 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Qualität im Bahn-Regionalisierungsverkehr steigern
Drs. 17/577, 17/1199 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderschutz praxistauglich gestalten
Drs. 17/614, 17/1271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Günther Knoblauch, Markus Rinderspacher,
Inge Aures u.a. SPD
Autobahnbau A 94
Drs. 17/646, 17/1200 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Evaluation des ökologischen Landbaus in Bayern
Drs. 17/650, 17/1082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Joachim Unterländer,
Hermann Imhof u.a. CSU
Barrierefreiheit bei Neubauten im Bereich S-Bahn
Drs. 17/663, 17/1201 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Grundlagen für eine weiterhin substanzielle regionale Wirtschaftsförderung in Ostbayern schaffen – Ausgleich für wegfallende EU-Förderungen organisieren!
Drs. 17/674, 17/1202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kormoranmanagement in Bayern
Drs. 17/678, 17/1459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Befragung von Asylbewerberinnen und -bewerbern in Deutschland
Drs. 17/681, 17/1207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Kommunen stärken! Bayern stärken! Zukunft sichern!
Drs. 17/703, 17/1105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Kommunale Daseinsvorsorge vor Freihandelsabkommen durch eine klare deutsche Definition absichern!
Drs. 17/728, 17/1359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konsequenzen aus dem Fall AZV Pfattertal
Drs. 17/745, 17/1106 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
Drs. 17/746, 17/1447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umgang mit Zwangsmaßnahmen in bayerischen Psychiatrieeinrichtungen
Drs. 17/767, 17/1069 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Auswirkungen der HGAA auf die BayernLB und den Freistaat Bayern
Drs. 17/774, 17/1364 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Stärkung der Informationsrechte der Gemeinderatsmitglieder, Kreisräte und Bezirksräte
Drs. 17/791, ber. 17/1050 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A/ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum Ablehnung der Abstimmung zugrunde zu legen

37. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Freigabe von Windkraftflächen – Vertrauensschutz für Gemeinden
Drs. 17/787, 17/1208

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Vernehmung Jugendlicher durch die Polizei
Drs. 17/969, 17/1427 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
KULAP 2014 – 2020: Umwandlung von Ackerland in extensive Wiesen auf Moorstandorten
Drs. 17/1043, 17/1444

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zu Thai-Massagen
Drs. 17/1179, 17/1356

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fachkräftemangel in bayerischen Kindertagesstätten – Qualifizierungsoffensive „Ergänzungskräfte zu Fachkräften“ fortsetzen
Drs. 17/275, 17/1220 (E) [X]

**Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ

